

# Stadtverordnetenversammlung

## Protokoll Nr. STV/03/2023

über die öffentliche Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung am 27.03.2023,  
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8

Beginn öffentlicher Teil : 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung : 20:16 Uhr

### Anwesend

#### Stadtverordnete

Frau Carola Behr  
Herr Oliver Böge  
Frau Doris Brandt  
Herr Claas-Christian Dähnhardt  
Herr Jürgen Eckert  
Frau Maike Eckert  
Herr Peter Egan  
Herr Uwe Gaumann  
Herr Rolf Griesenberg  
Frau Susanna Hansen  
Herr Volkmar Kleinschmidt  
Frau Cordelia Koenig  
Herr Markus Kubczig  
Herr Stephan Lamprecht  
Herr Joachim Land  
Herr Detlef Levenhagen  
Frau Nadine Levenhagen  
Frau Susanne Lohmann  
Herr Horst Marzi  
Herr Jochen Proske  
Herr Béla Randschau  
Frau Claudia Rathje  
Herr Bernd Röper  
Herr Wolfgang Schäfer  
Frau Kirstin Schilling  
Herr Dr. Toufic Schilling  
Frau Karen Schmick  
Herr Erik Schrader  
Herr Christian Schubbert-von Hobe  
Herr Wolfdietrich Siller  
Herr Matthias Stern  
Herr Dr. Detlef Steuer  
Herr Benjamin Stukenberg  
Herr Michael Stukenberg

Anwesend ab 19.43 Uhr

Anwesend ab 19:34

Anwesend ab 19:32

Frau Silke von Stockum  
Herr Nils Warnick

**Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder**

Frau Jule Niehus

Vorsitzende KiJuB

**Verwaltung**

Herr Eckart Boege  
Frau Tanja Eicher  
Herr Marcel Grindel  
Frau Elisabeth Meissner

Bürgermeister  
FBL III  
FBL I  
Protokollführung

**Entschuldigt fehlt/fehlen**

Herr Thomas Bellizzi  
Herr Hinrich Schmick  
Herr Christian Schmidt  
Frau Sophie von Hülsen

## Behandelte Punkte der Tagesordnung:

### Ö f f e n t l i c h e r   T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2023 vom 27.02.2023
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO  
- K e i n e -
  - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
    - 6.2.1. Finanzbericht
    - 6.2.2. Änderungen des kommunalen Verfassungsrechts
7. Änderung Deckungsvorschlag der mit Vorlage 2022/027 beschlossenen überplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 GO **2023/024**
8. Schulentwicklungsplan der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2021/2022 bis 2027/2028 **2022/125**
9. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde  
Einnahme- und Ausgaberechnungen 2021 und 2022 sowie Einnahme-Ausgabeplan für 2023 / 2024 **2022/127**
10. Kulturförderung Kulturzentrum Marstall am Schloss e. V.  
- Mehrjahresbescheid 2024 - 2026  
- Verwendung der Erbschaft **2023/010**
11. Organisationsangelegenheiten – Anpassung der Aufbauorganisation der Stadtverwaltung **2022/043**
12. Stellenangelegenheiten – Entfristung von Stellen im Fachdienst Soziale Hilfen und im Fachdienst Zentrale Gebäudewirtschaft **2023/029**

- |     |  |                    |
|-----|--|--------------------|
| 13. | Anmietung von 7 Wohneinheiten und vorherige Ertüchtigung im Rahmen des Brandschutzes zur Unterbringung von geflüchteten Menschen | <b>2023/025</b>    |
| 14. | Genehmigung von zu leistenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 82 GO        | <b>2023/020</b>    |
| 15. | Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 82 GO               | <b>2023/021</b>    |
| 16. | Anfrage zur Änderung von Straßennamen der WAB / Beschluss STV aus 2022   | <b>AF/2023/002</b> |

# Ö f f e n t l i c h e r   T e i l

## 1.    **Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgervorsteher Stern begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr mit 33 anwesenden Stadtverordneten.

## 2.    **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Bürgervorsteher Stern stellt die Beschlussfähigkeit mit 33 Gremienmitgliedern fest.

Ausschussmitglieder Gaumann, Land und Koenig schließen sich der Sitzung in den folgenden 10 Minuten an. Ab 19:43 Uhr ist das Plenum mit 36 anwesenden und 4 entschuldigten Stadtverordneten vollständig.

## 3.    **Einwohnerfragestunde**

**Herr Jan Furken**, wohnhaft in Ahrensburg, erhält das Wort und stellt der Verwaltung mehrere Fragen, die er verliest und die dem Protokoll angehängt sind.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im angemessenen Zeitraum zu.

Des Weiteren möchte Herr Furken wissen, ob die Stadt sich eine finanzielle Unterstützung der Vereinsarbeit der Vereine im Süden Ahrensburgs, insbesondere für die kommende Wahlinformationsveranstaltung am 27.04.2023 im Barghof, Ahrensburg, vorstellen könne in Höhe von ca. 700 €.

Dies wird vom Bürgermeister, der zum Thema detailliert ausführt und die Veranstaltung ausdrücklich begrüßt, im Gesamtergebnis mit Bedauern negativ beschieden, da für diese Zwecke kein gesonderter Haushaltsposten vorgesehen ist und diese Form der Unterstützung bisher typischerweise nicht üblich war, auch im Hinblick auf die anderen kleineren Vereine in den anderen Stadtgebieten von Ahrensburg. Dieser Bitte kann daher zum jetzigen Zeitpunkt nicht entsprochen werden.

**Herr Reinhold Muthorst**, wohnhaft in der Schimmelmanstraße in Ahrensburg, wird das Wort erteilt. Herr Muthorst hat eine Anmerkung zu Tagesordnungspunkt 16 der Stadtverordnetenversammlung zur Anfrage der WAB-Fraktion.

Er stellt der Verwaltung die Frage, ob, sollte die Kommission zur Begutachtung der Straßennamen Änderungen vorschlagen, dann auf die Wünsche der Anwohner\*innen Rücksicht genommen werden wird.

Bürgermeister Stern merkt an, dass dies seines Wissens nach der Fall sein würde, in der heutigen Sitzung allerdings kein Beschluss unter TOP 16 fallen wird, sondern nur die weitere Vorgehensweise beraten wird.

Herr Muthorst bittet um eine Konkretisierung dieser Antwort in Hinsicht auf die Aussage, nach Wissen des Bürgermeisters, ja.

Bürgermeister Stern antwortet, dass dies konkret bedeutet, dass man die nächste Kommunalwahl abwarten muss.

Bürgermeister Boege merkt an, dass hier die Fachbereichsleitung III Bildung/Kultur/Familie, Frau Eicher, bei der Beantwortung der Frage vertiefen und unterstützen kann.

Frau Eicher führt aus, dass die Kommission derzeit ausschließlich nicht öffentlich berät und im Oktober geplant ist, mit den Ergebnissen in den BKSA und danach in die Stadtverordnetenversammlung zu gehen.

Derzeit werden von der Kommission Vorschläge erarbeitet, nach welchen Kriterien die Biographien der Namensgeber\*innen bewertet werden sollen und will dementsprechend danach Empfehlungen abgeben, was, je nach Bewertung, mit den Namen geschehen soll.

Man wird noch beraten, inwieweit die Kommission in die Debatte um die Öffentlichkeit einzubinden sei, aber es sei derzeit eher unwahrscheinlich, dass in diese Richtung überhaupt diskutiert werden soll im Rahmen der Kommission. Im Oktober kann dies dann konkret mit den neuen Stadtverordneten behandelt werden.

Herr Muthorst antwortet, ob er demgemäß davon ausgehen kann, dass die Politik auch die Wünsche der Anwohner\*innen und Anrainer\*innen in irgendeiner Weiser anhören wird.

Frau Eicher betont, dass dies, wie öffentlich die Thematik überhaupt diskutiert werden kann, im Rahmen des Verfahrens noch geklärt werden muss, wie bereits ausgeführt. Jede Bürgerbeteiligung bedeutet aber erhöhte Ressourcen und muss von der Politik diskutiert und erst beschlossen werden. Das könnte dann, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, im Oktober behandelt werden.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

#### **4. Festsetzung der Tagesordnung**

Die Stadtverordneten stimmen der mit Einladung vom 14.03.2023 versandten Tagesordnung sowohl für den öffentlichen als auch den nicht öffentlichen Teil einstimmig zu mit 35 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

#### **5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 02/2023 vom 27.02.2023**

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

#### **6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters**

##### **6.1. Berichte gem. § 45 c GO**

- **K e i n e** -

— **Keine** —

##### **6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen**

###### **6.2.1. Finanzbericht**

Bürgermeister Boege verliest den tagesaktuellen Finanzbericht.

Der Bericht Nr. 05/2023 ist als **Anlage** beigefügt.

## 6.2.2. Änderungen des kommunalen Verfassungsrechts

Bürgermeister Boege verliert die Entscheidung des Landtags vom 23.03.2023, wonach eine Änderung des kommunalen Verfassungsrechts beschlossen wurde. Es ist damit eine Neuregelung zur Mindestfraktionsstärke in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass die Mindestzahl der Fraktionen in Gemeinden mit 31 Gemeindevertretern oder mehr zukünftig drei Mitglieder beträgt.

Ebenso ändert sich die Regelung über die Leitung der konstituierenden Sitzung. Diese wird ab jetzt von demjenigen Mitglied geleitet, welches dem Gemeinderat/der Stadtverordnetenversammlung am längsten ununterbrochen angehört.

Stadtverordneter Egan möchte wissen, ob dies eine Soll-Regelung ist und noch eines Beschlusses der STV bedarf.

Der Bürgermeister verneint dies und führt aus, dass diese Frage zwar länger Diskussionsgegenstand im Gesetzgebungsprozess war, aber insbesondere auf Bestreben des Städteverbands ohne Beschluss oder Abänderung der Hauptsatzung verbindlich beschlossen wurde und damit gültig ist.

**2023/024**

## 7. Änderung Deckungsvorschlag der mit Vorlage 2022/027 beschlossenen überplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 GO

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Bürgermeister Stern verliert den Beschlussvorschlag über den im Folgenden abgestimmt wird:

### **Beschlussvorschlag:**

Die mit Vorlage Nr. 2022/027 am 25.04.2022 von der STV beschlossenen Deckungsvorschläge (PSK 54100.0900001-275 / 50.000 € und 54100.0900001-260 / 20.000 €) werden durch das PSK 61100.4013000 / 70.000 € ersetzt.

### **Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

**8. Schulentwicklungsplan der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2021/2022 bis 2027/2028**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Bürgervorsteher Stern verliest den Beschlussvorschlag über den im Folgenden abgestimmt wird:

**Beschlussvorschlag:**

Der Schulentwicklungsplan (SEP) der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2021/2022 bis 2027/2028 wird beschlossen. Soweit die Umsetzung der Einzelmaßnahmen mit Kosten verbunden ist, bedürfen diese einer gesonderten Beschlussfassung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

**9. Sondervermögen der Stadt Ahrensburg für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde  
Einnahme- und Ausgaberechnungen 2021 und 2022 sowie Einnahme-  
Ausgabeplan für 2023 / 2024**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Punkt eins und zwei des Beschlussvorschlages sind Kenntnisnahmen.  
Diese ist erfolgt.

Bürgervorsteher Stern verliert den Beschlussvorschlag für Punkt 3 über den im Folgenden abgestimmt wird:

**Beschlussvorschlag:**

Die beigefügten Einnahme- und Ausgaberechnungen für 2021 und 2022 über das Sondervermögen der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg, Ortswehr Ahrensfelde, wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1 und 2).

Dem beigefügten Einnahme- Ausgabeplan für 2023 / 2024 wird zugestimmt (Anlage 3).

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

2023/010

**10. Kulturförderung Kulturzentrum Marstall am Schloss e. V.  
- Mehrjahresbescheid 2024 - 2026  
- Verwendung der Erbschaft**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Bürgermeister Stern verliest den Beschlussvorschlag über den im Folgenden abgestimmt wird:

**Beschlussvorschlag:**

1. Das Kulturzentrum Marstall am Schloss e. V. erhält per Mehrjahresbescheid eine Zuwendung in Höhe von 140.000 € p. a. für die Jahre 2024 - 2026.
2. Eine jährliche Liquiditätsrücklage in Höhe von 60.000 € zum Jahresende wird anerkannt. Zweckgebundene Spenden und Mittel aus der Erbschaft sind hier nicht zu berücksichtigen.
3. Der Restbetrag der Erbschaft wird als gesonderte Rücklage ohne zeitliche Bindung anerkannt.
4. Entsprechende Mittel werden in den Haushaltssatzungen 2024 - 2026 eingestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

2022/043

**11. Organisationsangelegenheiten – Anpassung der Aufbauorganisation der Stadtverwaltung**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Bürgermeister Stern verliest den Beschlussvorschlag, der von den Stadtverordneten zur Kenntnis genommen wird.

**12. Stellenangelegenheiten – Entfristung von Stellen im Fachdienst Soziale Hilfen und im Fachdienst Zentrale Gebäudewirtschaft**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Bürgervorsteher Stern verliert den Beschlussvorschlag über den im Folgenden abgestimmt wird:

**Beschlussvorschlag:**

1. Die für die Unterstützung der Integration von Geflüchteten bzw. zur Betreuung von Unterkünften eingerichteten Stellen werden entfristet. Dies betrifft die folgenden Stellen-Nummern gemäß Stellenplan 2023 1. Nachtrag:
  - Nr. 133 - Fachdienst Soziale Hilfen: 1,0 S 11b
  - Nr. 136 - Fachdienst Soziale Hilfen: 0,5 S 11b
  - Nr. 235 - Fachdienst Zentrale Gebäudewirtschaft: 1,0 EG 8
  - Nr. 243 - Fachdienst Zentrale Gebäudewirtschaft: 0,5 EG 5
2. Der Stellenumfang der Stelle-Nr. 243 (0,5 EG 5) wird um 0,5 auf 1,0 erhöht.
3. Die Verwaltung kann die Stellen mit sofortiger Wirkung, noch vor Genehmigung des Stellenplans 2024, unbefristet besetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

**13. Anmietung von 7 Wohneinheiten und vorherige Ertüchtigung im Rahmen des Brandschutzes zur Unterbringung von geflüchteten Menschen**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Bürgermeister Stern verliest den Beschlussvorschlag über den im Folgenden abgestimmt wird:

**Beschlussvorschlag:**

Der Anmietung von sieben Wohneinheiten im 1. OG der Gewerbeimmobilie An der Strusbek 14 A, 22926 Ahrensburg, über den von dem Vermieter im Erdgeschoss genutzten Räumlichkeiten, wird zugestimmt.

Mittel sind hierfür im Haushaltsplan 2023 bereitgestellt.

Gleichzeitig wird zugestimmt, dass die Stadt als Untermieter für die Räumlichkeiten auf eigene Kosten Ertüchtigungsmaßnahmen durchführt, welche für den Erhalt einer Ausnahmegenehmigung zur Nutzung der Räumlichkeiten als Flüchtlingswohnungen notwendig sind.

Haushaltsmittel für diese Maßnahmen, die insbesondere den Brandschutz betreffen, stehen ebenfalls zur Verfügung.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

2023/020

**14. Genehmigung von zu leistenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 82 GO**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Bürgervorsteher Stern verliert den Beschlussvorschlag über den im Folgenden abgestimmt wird:

**Beschlussvorschlag:**

Den über- und außerplanmäßigen Personalaufwendungen gem. Sachverhalt in Höhe von insgesamt 610.077,46 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch folgende PSK: 11170.5012000 (14.294,94 €), 36505.5012000 (16.361,84 €), 36505.5032000 (20.714,40 €), 42420.5021000 (20.227,09 €), 54100.5012000 (52.294,49 €), 54100.5032000 (20.280,41 €), 56100.5012000 (74.907,45 €), 56100.5032000 (14.543,48 €) und 61100.4013000 (375.908,36 €).

**Abstimmungsergebnis:**

**Alle dafür**

2023/021

**15. Bericht über geleistete über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2022 gem. § 82 GO**

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht.

Bürgervorsteher Stern verliert den Beschlussvorschlag, der von den Stadtverordneten zur Kenntnis genommen wird.

**Beschlussvorschlag:**

Die im Haushaltsjahr 2022 vom Bürgermeister genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, von im Einzelfall bis 10.000 €, werden zur Kenntnis genommen. Sie betragen im investiven Bereich 22.115,29 € (Anlage 1) und im Ergebnishaushalt 309.715,93 € (Anlage 2).

**16. Anfrage zur Änderung von Straßennamen der WAB / Beschluss STV aus 2022**

Bürgermeister Boege verliest die Antworten der Verwaltung auf die Anfrage der WAB-Fraktion und verweist darauf, dass die Antworten bereits am 02.03.2023 versandt wurden und dementsprechend schon Aktualisierungen eingetreten sind, die Frau Eicher ergänzen wird im Laufe der Behandlung des Tagesordnungspunktes.

Bürgervorsteher Stern eröffnet die Diskussion und bittet Ausschussmitglied Egan um den ersten Beitrag. Dieser bedankt sich für die ausführlichen Antworten, schränkt aber ein, dass die Kommission nun seit bereits zwei Jahren besteht und bisher noch keine formelle Berichterstattung an den BKSA oder gar die STV erfolgt ist, und das in seinen Augen bedeutet, dass diesem Thema wohl keine besondere Priorität gilt und man sich folgerichtig fragen muss, wie relevant das Projekt überhaupt sei. Wie wichtig das Projekt für uns als Bürger und als Stadt sei.

Er weist auf das Plädoyer des Bürgermeisters im letzten Finanzausschuss hin, dass die Stadt sich auf Grund der personellen und finanziellen Knappheit auf Projekte konzentrieren muss, die wirklich wichtig für die Stadt sind. Damit verbände sich entweder ein hoher Nutzen oder eine hohe Schadensbegrenzung. Ausschussmitglied Egan stellt den Nutzen des Projekts in Frage und sieht den Schaden in Form von Verdruss und erheblichen administrativen Erschwernissen für die Bürger als hoch an. Die Empfehlung der WAB, im Sinne der Bürger, die nach Corona, der herrschenden Inflation und einem Krieg im Osten Europas schon genug in Mitleidenschaft gezogen sind, ist, das Projekt nach der Kommunalwahl einzustellen.

Bürgervorsteher Stern erklärt, dass man im Zweifelsfalle der Verwaltung zu Gute halten müsse, dass die wissenschaftliche Leiterin der Kommission für einen langen Zeitraum leider ausfallen musste und daher die Verzögerungen der Arbeit der Kommission in diesem Falle nachzusehen seien.

Ausschussmitglied Schrader antwortet, dass er es für nicht angemessen hält, Projekte danach zu beurteilen, wie schnell oder langsam sie bearbeitet werden, insbesondere in diesem Fall, wie bereits ausgeführt wurde, da es zu einem allen bekannten personellen Ausfall gekommen ist. Dies sei insbesondere kein Thema, dass nach Mehrheiten, Nutzen und Schaden zu behandeln sei. Es geht hier konkret um die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Ahrensburgs; ein Thema bei dem man immer die Sichtweise der Opfer mitbedenken müsse. Diese leben heute mit uns, und auch wenn sie nicht in der Stadtverordnetenversammlung vertreten seien, so müsse man für sie mitdenken, mitentscheiden und in ihrem Sinne handeln.

Ausschussmitglied Schubert von-Hobe hat das Wort und moniert die Auffassung, heute und hier zu fordern, was zukünftige Gremien in neuer Zusammensetzung zu beschließen haben. Das sei dem Thema unangemessen und

handle sich um reinen Wahlkampf.

Zudem ginge es hier nicht um den administrativen Ärger des einen Bürgers, sondern auch um die Anliegen und Sorgen des anderen Bürgers, der eine gegenteilige Meinung dazu habe; man müsse das Thema gesamthistorisch betrachten und Sensibilität gegenüber den Betroffenen und den über die Namensgebung unzufriedenen Bürgern zeigen.

Zudem sei im BKSA regelmäßig zum Thema berichtet worden.

Er stimme hier vollkommen mit Ausschussmitglied Schrader überein, dass dies ein Thema ist, das mit viel Fingerspitzengefühl und wissenschaftlicher Expertise behandelt werden muss.

Darüber hinaus sei die Kommission sozusagen bereits in der Zielgeraden mit ihrer Arbeit angekommen, und er habe kein Verständnis dafür, dass das gesamte Projekt nun, kurz vor Ende, so in Frage gestellt werde. Er betont dezidiert, dass er diese Diskussion für unangemessen hält.

Ausschussmitglied Randschau merkt an, dass genau diese Diskussion bereits im BKSA ausführlich und anregend geführt wurde und man sich gefragt habe, wie man mit dieser Fragestellung und Problematik der Kolonialgeschichte in Verbindung mit den Straßennamen an sich zu verfahren habe. Es seien clevere Argumente in beide Richtungen gefallen, und genau deswegen sei diese Kommission ins Leben gerufen worden, um die Politik für eine zukünftige Entscheidung im Plenum vorzubereiten und dem Gremium Vorschläge, die wissenschaftlich geprüft worden sind, zu unterbreiten. Daher sei es kontraproduktiv, die Arbeit genau dieser Arbeitsgruppe vorzeitig zu beenden, da die Diskussion sowieso wie am heutigen Abend in der Politik geführt werden will und muss.

Daher sei es zielführender die Diskussion nach Beendigung der Arbeit der Kommission hier im Plenum weiterzuführen.

Ausschussmitglied Egan merkt an, dass er die Ansicht, die Kommission befände sich kurz vor Beendigung ihrer zu erledigenden Aufgaben, eindeutig nicht teile. Da bis heute noch nicht einmal die Kriterien zur Bewertung der historischen Persönlichkeiten bekannt gegeben worden seien.

Er befürchte, dass diese Debatte noch Monate - wenn nicht jahrelang - anhalten werde, wie historische Persönlichkeiten im Lichte der Demokratie des 21. Jahrhunderts zu beurteilen seien und stellt darüber hinaus in den Raum, ob dies überhaupt der richtige Ansatz zur Bewertung sei, denn die Diskussion werde nicht aufhören nach Verteilung der Bewertungsskala durch die Kommission.

Weiterhin habe die Frage des Bürgers gezeigt, dass in diesem Punkt alle unvorbereitet getroffen worden seien, da bisher keiner den Gefühlen und Meinungen und Zustimmung oder Ablehnung der einzelnen Bürger Rechnung getragen habe und dies nun zu einem größeren, gerechtfertigten Problem zu drohen werde.

Bürgermeister Stern bittet darum, die Diskussion sich nicht im Kreis drehen zu lassen.

Ausschussmitglied Schubert von-Hobe merkt abschließend an, dass, sobald die Kommission ihren Bewertungskatalog vorlegt, die Arbeit der Gruppe be-

endet sei und es in diesem Moment eine politische Entscheidung wird. Diese Entscheidung ist dann unterstützt von einem Handwerkszeug mit dem die Stadtverordneten arbeiten können. Dies sei ganz einfach und in absehbarer Zeit erreicht, nämlich, wenn die Kommission ihre Arbeit beendet hat.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes stellt die Fachbereichsleitung III, Frau Eicher, noch einmal die Sichtweise und Arbeit der Verwaltung und der Kommission dar. Es ginge weniger um die Frage, wie mit der Benennung der Straßennamen umzugehen sei, sondern darum das Geschichtsbewusstsein wieder stärker zum Leben zu erwecken. Es sei eine Aufforderung, sich mit unserer Vergangenheit zu beschäftigen. Sie erinnert an das Konzert für den Frieden vor einem knappen Jahr am Rathaus.

Die Vergangenheit ist immer und voranging Mahnung an uns alle, wie wir mit der Gegenwart und der Zukunft umgehen. Dies tragen viele von uns in sich und wissen darum.

Sie gesteht zu, dass das Projekt über einen sehr langen Zeitraum läuft und laufen muss, denn nicht allein die Vakanz der wissenschaftlichen Leitung sei ausschlaggebend für die Dauer der Arbeit der Kommission, sondern vielmehr die hochanspruchsvolle Aufgabe, die Gegenstand der Arbeit der Kommission ist. Dies sei aus ihrer Erfahrung auch die Erkenntnis anderer Kommunen, die tatsächlich über Jahre an derartigen Fragestellungen arbeiten, auch mit einem sehr viel breiteren und größeren Expertengremium, was ihrer Ansicht nach ein gewisses Defizit in Ahrensburg sei. Ahrensburg sei schon eher im Schmalspurformat dabei, was sie sehr bedauere, denn dies ist ein extrem anspruchsvolles Thema.

Sie betont, dass trotz aller anderer Dringlichkeit und Problematiken dies eine extrem wichtige Debatte sei, die fortgesetzt werden müsse, auch für jeden so auch sie, persönlich im Lichte der eigenen Familiengeschichte.

Wichtig sei, sich bewusst zu sein, dass Zeitzeugen eine wichtige sehr flüchtige Quelle seien, die wertgeschätzt werden muss und uns unsere Verantwortung der Zukunft und unseren Nachfahren gegenüber klar vor Augen führt. Dieser Verantwortung müssen wir nachkommen mit der Aufarbeitung auch dieses Themas, auch wenn damit Anstrengung und Durchhaltevermögen gefragt ist.

Es gibt kein wichtigeres Thema als dieses Thema: Frieden.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Sowohl die Anfrage als auch die Antwort und die Beiträge der Stadtverordneten und der Verwaltung werden dankend zur Kenntnis genommen.

Bürgervorsteher Stern beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:15 Uhr und bittet, wenn auch ungern, alle Gäste den Saal zu verlassen.

gez. Matthias Stern  
Vorsitzender

gez. Elisabeth Meissner  
Protokollführerin